

Die katholische Kirche in der Volksrepublik China

Es ist bekannt, daß die katholische Kirche in der Volksrepublik China spätestens seit 1957 (Gründung der Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche, Zhongguo tianzhujiao aiguoahui, PVChKK) in zwei Blöcke geteilt ist. Da ist einmal die durch die PVChKK repräsentierte offizielle katholische Kirche, die den Anspruch erhebt (und von der kommunistischen Regierung dafür Zustimmung erhalten hat), die alleinige Vertreterin der katholischen Kirche in China zu sein. Sie gründet auf den drei Selbst (san zi), das heißt Selbst-Erhaltung: finanziell auf eigenen Füßen stehen und keine ausländische Hilfe annehmen; Selbst-Verkündigung: das Evangelium allein durch chinesische Kräfte verkünden lassen; Selbst-Verwaltung: die Kirche selbständig, ohne Abhängigkeit vom Ausland verwalten. Auf der anderen Seite gibt es die nichtoffizielle Kirche (aus chinesischer Sicht), die Untergrundkirche, die wiederum den Anspruch erhebt, die einzige, echte, dem Papst gegenüber loyale katholische Kirche in China zu sein. Da jedoch eine öffentliche Verbindung mit dem Papst und dem Hl. Stuhl, der die VR China nicht anerkennt, nicht möglich ist und jedwede Aktivität in dieser Richtung zunächst als staatsfeindlich interpretiert wird, bleibt die Untergrundkirche klandestin; aber auch die offizielle Kirche, die ihre Loyalität dem Papst gegenüber inzwischen mehrmals betont hat, kann diese nur indirekt (klandestin) äußern¹.

In dieser Spaltung der chinesischen Kirche liegt das wirkliche Drama. Dies ist um so tragischer und unerträglicher, als die Regierung sich gegenwärtig bemüht, der einen Kirche auf Kosten der anderen Leben einzuhauchen. Die gegenwärtige Situation der Spaltung, sollte sie sich weiterhin verlängern, ist ungesund für die katholische Kirche überhaupt².

Statistisch gesehen gibt es in der VR China offiziell 3 400 000 Katholiken, fast 2000 Kirchen, über 2000 Kapellen, 60 (selbstgewählte) Bischöfe und fast 1200 Priester. Seit der Öffnung Chinas nach der Kulturrevolution (1966–1976), insbesondere aber seit dem „Dokument 19“ der KP Chinas über „die grundsätzliche Stellung der Partei zur Frage der Religion im Sozialismus“ (1982)³ wurden 15 Große und Kleine Seminare (mit fast 1000 Seminaristen) und mehrere Schwesternkonvente (über 200 Kandidatinnen) eröffnet.

Dies ist jedoch nur eine Seite der Statistik. Denn selbst die offizielle Kirche und die Vertreter der PVChKK geben zu, daß es eine immer stärker werdende Untergrundkirche gibt. In einer Ansprache vor der PVChKK in Shanghai sagte

zum Beispiel Bischof A. Jin Luxian bereits im November 1988, daß es in der Provinz Hebei nahezu eine Million Katholiken gebe, und „die Zahl der Katholiken, die vom Untergrund ‚kontrolliert‘ werden, ist größer als die der offiziellen Kirche. Es gibt auch Untergrundtätigkeiten in Tianjin, im Nordosten, in Shanxi, Shaanxi, Gansu usw. Zudem dehnen diese sich nach Süden aus.“⁴ Diese Aussage spricht für sich. Sie erklärt auch die jetzt herrschende Nervosität der Behörden im Hinblick auf die Untergrundkirche, die als Opposition schlechthin gilt, und die verschärfte Kontrolle seitens des Büros für Religiöse Angelegenheiten.

Strukturen und Probleme

Die Rolle des Büros für Religiöse Angelegenheiten (BRA) beim Staatsrat sowie die Strukturierung der Kirche in der VR China müssen jeweils berücksichtigt werden, wenn man die aktuelle Lage der Religionen und Kirchen in China richtig verstehen will. Die Büros für Religiöse Angelegenheiten auf verschiedenen Ebenen (Staatsrat, Provinz, Stadt, Kreis) wurden 1951 gegründet, um die „Politik der Religionsfreiheit“ zu garantieren. Sie dienen als „Brücken“ zwischen den offiziellen Gremien der Religionen bzw. der Kirchen und der Regierung. Im Grund jedoch sind es Kontrollämter, die es bereits im traditionellen China (Ritenministerium) gab⁵ und die es wahrscheinlich selbst dann geben wird – vielleicht in anderer Form –, wenn China nicht mehr kommunistisch, sondern mehr im konfuzianischen Geist regiert werden sollte (verwiesen sei hier nur auf Taiwan und Singapur⁶).

Jede offiziell zugelassene Religion in China wird durch eine Patriotische Vereinigung vertreten. In der katholischen Kirche gibt es drei offiziell anerkannte Gremien, nämlich: 1. die PVChKK, die sich aus Laien, Priestern und Bischöfen zusammensetzt und als sogenannte „Massenorganisation“ die entscheidende Rolle in der Kirchenpolitik spielt; 2. die Administrativkommission der Chinesischen Katholischen Kirche, die sich gleichfalls aus Laien, Priestern und Bischöfen zusammensetzt, deren Rolle aber nicht politisch, sondern mehr organisatorisch (innerkirchlich) ist, und schließlich 3. das Chinesische Bischofskollegium, das jedoch nicht selbständig, sondern völlig der Administrativkommission unterstellt ist⁷.

Die Struktur der Untergrundkirche ist weniger bekannt. Es ist anzunehmen, daß man sich auf beiden Seiten der chinesischen Kirche bemüht, die 112 im Jahr 1946 errichteten Diözesen in irgendeiner Weise mit Bischöfen zu besetzen, was bei dem großen Personalmangel und der Überalterung der Priester gar nicht leicht ist. Es ist hierbei nicht zu vermeiden, daß konsequenterweise einzelne Diözesen doppelt besetzt werden. Im Zusammenhang mit den Verhaftungen von Katholiken im Dezember 1989 haben wir erfahren, daß am 21. November 1989

in der Provinz Shaanxi eine Versammlung der chinesischen Untergrundbischöfe stattfand, bei der die Chinesische Bischofskonferenz im Untergrund gegründet wurde. An dieser Versammlung nahmen 16 Personen teil (10 Bischöfe). Sie wurden später fast alle verhaftet⁸. Die Versammlung deutet darauf hin, daß es bis November 1989 keine strikte organisatorische Struktur der Untergrundkirche gab.

Die Spannungen zwischen den beiden katholischen Gruppen sind heute die gleichen wie vor zehn Jahren, als die Kirche nach der Kulturrevolution sichtbar und wieder unterscheidbar wurde. Auch die dringlichsten Probleme, die in diesem Zusammenhang genannt werden, sind ungelöst geblieben, das heißt: die Bischofsweihen, die Beziehungen des Vatikans mit Taiwan und die Nichtanerkennung der VR China durch den Hl. Stuhl sowie die grundsätzliche Spannung in der Frage der Loyalität dem Papst oder/und dem chinesischen Staat gegenüber.

Zur Frage der Bischofsweihen⁹ muß man anmerken, daß sowohl die Weihen mit dem päpstlichen Auftrag (im Untergrund, also ohne Bestätigung des Staats) wie auch die offiziellen, vom Staat anerkannten (aber ohne den päpstlichen Auftrag durchgeführten) Bischofsweihen ein Problem darstellen, das in Zukunft die Spannung noch vertiefen wird. Der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal Josef Ratzinger, sagte diesbezüglich in einem Interview mit der Zeitschrift „30 Days“ (Oktober 1989):

„Im Fall der sogenannten Patriotischen Kirche Chinas . . . sind die Bischofsweihen allgemein als gültig betrachtet worden, obwohl sie im Kontext eines explizit schismatischen Glaubensbekenntnisses stattfanden: einer eindeutigen Ablehnung Roms und der Verwicklung in die Verfassung einer sozialistischen Welt. Trotz alldem sind wir zur Überzeugung gelangt, daß die Weihen, die im übrigen richtig und vollständig nach dem alten Ritus vollzogen werden . . ., den Wunsch zum Ausdruck bringen, Bischöfe der katholischen Kirche zu weihen und nicht den Anschluß an die Kirche zu verlieren. Natürlich ist es notwendig, von Fall zu Fall zu überprüfen, ob von dieser allgemeinen Beurteilung nicht auch einmal abgewichen werden sollte. Grundsätzlich geht die Tendenz jedoch dahin, diese Weihen in einem positiven Licht zu bewerten, im Einklang mit der gesamten Geschichte der Kirche.“¹⁰

Wenn es um das Problem der Beziehungen zwischen dem Vatikan und China geht, so verlangt die chinesische Seite: Der Vatikan muß die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abbrechen und anerkennen, daß die VR China die einzig rechtmäßige Regierung Chinas ist, und der Vatikan darf sich nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen (so z. B. in dem Dokument Nr. 3 der KP Chinas über die „Intensivierung der Arbeit bezüglich der katholischen Kirche unter der neuen Situation“ vom März 1989)¹¹. Die PVChKK hat wiederholt diese Forderungen der Regierung propagiert. In der letzten Zeit hört man jedoch seitens der offiziellen Kirche, daß das Problem der bilateralen Beziehungen nur im Politischen, nicht im Religiösen liege. Was die Hierarchie der Kirche angehe, gebe es – nach den Vorstellungen der PVChKK – keine Schwierigkeiten mit dem Vatikan, denn die chinesische Kirche sei nie schismatisch gewesen und „als Ka-

tholiken betrachten wir den Papst als unseren Führer“. In vielen Kirchen betet man unterdessen öffentlich für den Papst, nicht selten sind große Bilder des Papstes auf den Kirchenwänden sichtbar.

Spannungen

Würde man die Lage der katholischen Kirche in China allein durch die Brille der offiziellen chinesischen Kirche betrachten, könnte man feststellen, daß sie gar nicht schlecht ist, daß sich die Kirche im Innern entwickelt und gesellschaftlich an Bedeutung zunimmt. Man könnte auch unzählige Beispiele einer positiven Entwicklung nennen (geöffnete Kirchen, caritative Projekte, Priesterseminare und Priesterweihen, Schwesternkonvente, Veröffentlichungen, Auslandsreisen). Nimmt man jedoch beide Gruppen zusammen, dann ist festzustellen, daß die Situation der Katholiken in der VR China weiterhin gespannt ist. So sagte ein Bischof:

„Die Kraft der klandestinen Kirche offenbart sich am hellichten Tage und ruft das Vertrauen und die Unterstützung der Gläubigen hervor. Die sogenannten ‚Drei Gremien‘ der katholischen Kirche – die Patriotische Vereinigung, die Administrativkommission und das Bischofskollegium – sowie die örtlichen Patriotischen Vereinigungen sehen im Gegensatz dazu, wie sich ihre Autorität von Tag zu Tag mehr erschöpft: sie sind isoliert, gelähmt, ohne Einfluß und sehr wenig geduldet.“¹²

Über das Nichtvorhandensein von Religionsfreiheit (mindestens nach unserem Verständnis) kann ebenfalls nichts hinwegtäuschen, auch nicht die positiven Entwicklungen innerhalb der offiziellen Kirche Chinas. Die in den letzten Monaten erfolgten Verhaftungen der Christen der Untergrundkirche sprechen hier für sich, wobei man aber auch sagen muß, daß die Verhaftungswelle nicht nur Katholiken bzw. Christen betrifft¹³. Die Verhaftungswelle wäre auch „leichter erklärbar“, hätten sich die Kirchen im Jahr 1989 stärker an den Mai/Juni-Demonstrationen beteiligt. Dem ist aber nicht so¹⁴. Eine „Aktion“ gegen die Kirche scheint indes schon seit längerer Zeit (vor dem 4. Juni 1989) vorbereitet worden zu sein. Bei Betrachtung der aktuellen Situation – einschließlich der Verhaftungen der Katholiken – müssen also auch einige andere wichtige Elemente und Ereignisse in den letzten Jahren besonders berücksichtigt werden:

1. Das bereits genannte Dokument Nr. 3 der KP Chinas über die „Intensivierung der Arbeit bezüglich der katholischen Kirche unter der neuen Situation“ vom März 1989. In diesem Dokument heißt es:

„Der Heilige Stuhl hat . . . nie die Idee aufgegeben, erneut die Kontrolle über die Chinesische Katholische Kirche zu gewinnen. In den vergangenen Jahren hat der Heilige Stuhl, der die der Patriotischen Vereinigung angehörenden Geistlichen der Kirche Chinas verleumdet und angegriffen und den Universalcharakter der katholischen Kirche oder den Glauben der Geistlichen und Gläubigen an den Papst benützt hat, auch immer wieder Leute nach China geschickt. Auf geheimem Wege hat er Bischöfe ernannt und die Kräfte im Untergrund gefördert und unterstützt, als ein Versuch, die Kirche Chinas zu spalten. Dies hat ernsthafte Auswirkungen auf die Stabilität der Gesellschaft. Aus diesem

Gründe sollten entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeit der katholischen Kirche zu intensivieren und zu verbessern.“

Im Teil III dieses Dokuments „Zur Lösung des Problems der Untergrundkirche“ heißt es sodann: „Zur Untergrundkirche zählen der Heilige Stuhl, die geheim ernannten Bischöfe, die von diesen Bischöfen geweihten Priester und die unter ihrer Weisung stehenden leitenden Personen. Diesen Bischöfen und Priestern sollte eine unterschiedliche Behandlung zukommen. Denjenigen, die die Führung der Partei und Regierung akzeptieren, patriotisch sind und die Gesetze beachten wollen, die das Prinzip einer sich selbst erhaltenden, selbst missionierenden und sich selbst verwaltenden Kirche akzeptieren und sich in religiösen Dingen gut auskennen, kann die PVChKK nach Untersuchung und Vorlage des Falles beim Chinesischen Bischofskollegium zur Prüfung und Bestätigung einen religiösen Status verleihen. Diejenigen Priester, die nach Erhalt einer geduldigen Unterweisung weiterhin stur bei ihrer feindlichen Haltung bleiben, Widerstand leisten und die Gläubigen zu Ärger und sozialen Unruhen anstiften, müssen den Gläubigen vorgeführt werden und erhalten – nachdem der Beweis für ihre Verbrechen erbracht worden ist – schwere Strafen.“¹⁵

Dies ist nun im Dezember 1989 und Januar/Februar 1990 erfolgt.

2. Seit einigen Jahren bereiten die Büros für Religiöse Angelegenheiten auf Provinzebene „Bestimmungen zum Schutz regulärer religiöser Aktivitäten“, das heißt mit anderen Worten „Vorschriften für die Überwachung der Verwaltung der Kultstätten in der Provinz“ vor. Merkwürdigerweise erhält die katholische Kirche jeweils eigene verschärfte Vorschriften, von denen zum Beispiel die Vorschriften „für die gesetzliche Regelung der Organisation der katholischen Kirche in der Stadt Guangzhou“¹⁶ sowie die „Bestimmungen der Provinz Hebei zum Schutz regulärer religiöser Aktivitäten der katholischen Kirche“ (vom 13. Mai 1989)¹⁷ bekannt sind. In den letzteren heißt es in Artikel 2:

„Die legalen Rechte und Interessen des Provinzausschusses der Administrativkommission der Chinesischen Katholischen Kirche (AChKK), aller Diözesen und der von ihnen unterhaltenen Theologischen Seminare, Ausbildungsstätten für Priesteramtskandidaten und Konvente werden gesetzlich geschützt. Ohne die Genehmigung des Provinzausschusses der AChKK und der Diözesen dürfen keine religiösen Organisationen, Konvente, Ausbildungsstätten für Priesteramtskandidaten etc. gegründet werden; bereits gegründete müssen wieder aufgelöst werden.“ Artikel 8 besagt ferner: „Religiöse Organisationen und Geistliche verpflichten sich zu Patriotismus und Gesetzestreue und zur Einhaltung der Prinzipien der Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Selbstverwaltung der Kirchen. Sie dürfen die in der chinesischen Verfassung niedergelegte Bestimmung nicht verletzen: ‚Die religiösen Organisationen und Angelegenheiten dürfen von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden‘.“ Weiter heißt es in Artikel 10: „Gegen Behinderung regulärer religiöser Veranstaltungen, Schädigung der nationalen Souveränität mittels religiöser Veranstaltungen, Störung der öffentlichen Ordnung, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Verletzung persönlicher Rechte und öffentlichen oder privaten Eigentums sowie Behinderung von Regierungsbeamten bei der Durchführung ihrer Amtsgeschäfte muß je nach Schwere des Falles nach der Ordnungswidrigkeiten-Verordnung oder dem Strafgesetzbuch vorgegangen werden.“

Im Klartext bedeutet das, daß solche Vorschriften eindeutig die Festlegung der Vorherrschaft der PVChKK und der Administrativkommission implizieren und somit ein Versuch sind, die Untergrundkirche (insbesondere in Hebei) noch mehr zu delegalisieren. Es ist mittlerweile bekannt, daß die Verhaftungen der Katholiken in Hebei Ende 1989 und Anfang 1990 eben im Sinn der Artikel 2, 8 und 10 dieser Bestimmung sowie des Dokuments Nr. 3 erfolgten.

3. In der Provinz Hebei gab es schon im April 1989 einen „Auftakt“ zum Massaker in Peking sechs Wochen später, nämlich den Fall Youtong¹⁸. Von den 1700 Katholiken des Dorfs Youtong sympathisieren ca. 200 mit der Patriotischen Vereinigung, 1500 dagegen gehören der Untergrundkirche an. Diese Katholiken hatten die Behörden mehrfach gebeten, der Kirche ihre früheren Besitztümer zurückzugeben. Da dies abgelehnt wurde, errichteten sie am 17. März 1989 an der Stelle ihrer ehemaligen Kirche ein großes Zelt, in dem sie jeden Morgen Gottesdienst feierten. Während der folgenden Monate versuchten örtliche Regierungsbeamte und Sicherheitspersonal wiederholt, sie daran zu hindern, und befahlen ihnen, das Zelt wieder abzubauen – ohne Erfolg. Die Ereignisse und das Blutbad vom 18. April 1989 waren die Konsequenz. Bei dem Überfall auf das Dorf wurden fünf Menschen getötet und mehr als 300 – darunter alte Leute und Kinder – verletzt; 60 davon erlitten schwere Verletzungen. Mehrere hundert Einwohner sollen von Soldaten und Polizisten (5000 Mann mit 270 Lastwagen) mißhandelt und gefoltert worden sein. 32 Personen sollen von der Polizei abgeführt worden sein.

Die Reaktion der PVChKK auf die Ereignisse in Youtong war verblüffend. Liu Bainian, Vizevorsitzender der Administrativkommission der Chinesischen Katholischen Kirche und Mitglied des Ständigen Ausschusses der Patriotischen Vereinigung, bestätigte zwar die Polizeiaktion, bestritt jedoch das Ausmaß und den „Charakter“ der Aktion. Seinen Aussagen nach hätten die „Anhänger der Untergrundkirche“ das Gesetz übertreten. Nach den Worten von Liu hätten die Katholiken aus Youtong später mit Hilfe einiger Studenten aus Shandong bei den Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Mai Flugblätter verteilt, auf denen sie behaupteten, in China gebe es keine Religionsfreiheit und Gläubige würden von bewaffneten Sicherheitskräften niedergeschlagen. Dies erklärt nun auch die Verhaftung des Priesters Pei Ronggui, des im April geflüchteten Pfarrers von Youtong, am 13. September 1989.

4. Widerspruch gegen die Patriotische Vereinigung ist in den letzten zwei Jahren häufig von Katholiken sowohl innerhalb wie außerhalb der Vereinigung geäußert worden. Bekannt sind einige Erklärungen von verschiedenen Bischöfen, zum Beispiel von Bischof Ma Ji von Pingliang (Gansu), der 1987 von der PVChKK zum Bischof gewählt wurde und im August 1988 erklärt hat:

„Die Patriotische Vereinigung, die Administrativkommission, das Bischofskollegium sind zu nichts nütze. Es wäre besser, sie existierten nicht... Was die örtliche Patriotische Vereinigung, die nationale Patriotische Vereinigung usw. betrifft, so geben wir ihnen Titel und Funktionen zurück... Wir werden unsere Kirche selbst regieren. Eine Grotte oder eine Hütte kann auch dazu dienen, die liturgischen Handlungen durchzuführen... Ich lege also diese Erklärung den ‚Drei Gremien‘ der ‚Chinesischen Katholischen Kirche‘ und dem Büro für Religiöse Angelegenheiten in der Absicht vor, meine Position klar kundzutun. Wenn ich irgendeinen Gesetzesartikel verletzt habe, so übernehme ich dafür die volle Verantwortung.“¹⁹

Ein anderer Bischof aus dem Untergrund hat ebenfalls 1988 erklärt:

„Die Regierung ist daran interessiert, daß die Katholiken in die Patriotische Vereinigung eintreten, gleichgültig ob nur äußerlich oder mit voller Überzeugung. Der Hauptgedanke ist, daß ein Anschluß an die Patriotische Vereinigung da ist, denn das bedeutet den Anschluß an die Reformbewegung der Drei Autonomien... Wir können diese Methode der Zugehörigkeit zur Patriotischen Vereinigung nicht anwenden, denn es ist grundlegend böse, das zu tun; sie teilt die Kirche, ist gegen die Glaubenslehre und ist sündhaft... Nochmals, wir können uns nicht zufriedengeben mit einer kurzsichtigen Berechnung von Gewinn und Verlust, von Vorteil oder Nachteil... Die Mitglieder der Patriotischen Vereinigung denken, daß sie, falls die Regierung die Priester zu töten wünscht, ihr Leben gerettet hätten und keinen Schaden leiden würden. Aber sie vergessen die Lehre, die Jesus selbst hinterlassen hat: Wer sein Leben retten will, wird es verlieren. Sie vergessen, daß unser Leben in Gottes Hand ist und daß es eine glorreiche Tat ist, wenn wir unser Leben für die Sache des Glaubens verlieren! Zum Ende kann ich nur den Satz wiederholen: Wir können nicht zur Patriotischen Vereinigung gehören. Wir können uns nicht mit ihren Mitgliedern vereinigen. Ich glaube, daß die Kirche einzig, heilig, katholisch und apostolisch ist. Dies ist Lehre unseres Glaubens. Der Inhalt unseres Glaubens, die Notwendigkeit, nicht vom Papst getrennt, sondern mit ihm vereint zu sein, ist von wesentlichem Wert. Wir können diese Werte nicht zur Diskussion stellen. Wir können keine Zugeständnisse machen.“²⁰

In diesen Erklärungen kommt die Unversöhnlichkeit der beiden Standpunkte innerhalb der katholischen Kirche Chinas deutlich zum Ausdruck. Als sie veröffentlicht wurden, bestand kein Zweifel daran, daß die Kirche Chinas den hier angesprochenen Problemen auf die eine oder andere Weise Rechnung tragen würde. All diese Faktoren haben sicherlich dazu beigetragen, daß die Kontrolle der Kirche verschärft wurde. Nicht zu übersehen ist in diesem Kontext auch die Bedeutung des Rundschreibens der Kongregation für die Evangelisierung der Völker aus dem Jahr 1988²¹, das 1989 in China bekannt wurde, und die „13 Punkte“ des prominenten Untergrundbischofs Josef Fan Xueyan aus Baoding²². Hinzu kamen dann die dramatischen Ereignisse von Mai/Juni 1989 in Peking.

Härtere Haltung gegenüber der Kirche

Auf die Situation nach Juni 1989 reagierte die Kirche unterschiedlich: Offiziell wurde die Regierungsposition unterstützt; dies geschah natürlich weniger aus Überzeugung als dem Druck der Regierung nachgebend. Es gab auch eine schweigende Anpassung; die Kirchen haben nämlich während der Zeit der Öffnung ihre Positionen ausbauen können; so wollten sie wenigstens das bewahren, was sie sich erworben hatten und dies nicht aufs Spiel setzen. Ein bleibender Widerstand und Vorbehalte gegen die Partei und die Regierung konnten nicht laut geäußert werden und blieben im verborgenen. Es hieß, die Untergrundkirche sei bei den Demonstrationen besonders hervorgetreten. Vielerorts wurde danach befürchtet, daß die Führer der Untergrundkirche infolge der Verhör- und Hinrichtungskampagne nach dem 4. Juni einfach den „Konterrevolutionären“ zugesellt würden, selbst wenn sie sich an den Demonstrationen nicht beteiligt hatten.

Die kirchlichen Nachrichten seit Juni 1989 sind sicherlich nicht leicht zu inter-

pretieren, sie sind darüber hinaus spärlich. Nach dem Massaker vermehrten sich auch die Nachrichten über Verhaftungen von Katholiken. Nach Aussagen von Erzbischof Deng Yiming (Dominikus Tang) von Guangzhou (z. Zt. Hongkong) sollen in Nordchina gleich nach dem blutigen Massaker auf dem Tiananmen-Platz etwa ein Dutzend katholische Geistliche verhaftet worden sein. Der 81jährige Erzbischof sagte bereits im Oktober 1989:

„Nach dem 4. Juni haben die Behörden der Zentralregierung immer wieder Druck auf die vatikan-treuen Katholiken ausgeübt. Die Situation in der Provinz Hebei ist besonders besorgniserregend. Die Geistlichen können sich dort bereits nicht mehr frei zwischen den einzelnen Dörfern bewegen, um Messen zu lesen. Ich weiß nicht, welche ‚Fehler‘ sie begangen haben. Auch ist mir nichts über ihren Verbleib bekannt. Ich bitte alle Katholiken in der ganzen Welt um ihr Gebet für diese vermißten Geistlichen.“²³

Bedenken muß man jedoch, daß es Verhaftungen schon vor dem 4. Juni gab (z. B. Bischof Julius Jia im April verhaftet; Bischof Wang Milu bereits 1984 verhaftet)²⁴, was in unseren Kreisen sehr wenig Beachtung fand.

Inzwischen (Dezember 1989 bis Februar 1990) hat im ganzen Land eine Verhaftungswelle gegen die katholische Kirche eingesetzt. Die Gründe und die Zusammenhänge der momentanen Verhaftungen sind vielleicht nicht sehr deutlich. Zusammenfassend kann man allerdings feststellen, daß eine härtere Haltung der katholischen Kirche gegenüber – wie oben besprochen – bereits seit langem vorbereitet war und daß sie gegenwärtig im Rahmen einer Politik spürbar ist, in der mindestens drei Punkte wichtig sind:

1. Allgemeine Kampagne gegen den Aberglauben (d. h. jedwede offiziell nicht erlaubte religiöse Aktivität) im Kontext der rigorosen Durchführung des Dokuments Nr. 3 der KP Chinas²⁵. Die Rolle, die dabei das BRA und die PVChKK spielen, ist evident.

2. Allgemeinere Sorge um die Loyalität der Partei gegenüber angesichts der Ereignisse in Osteuropa; offensichtlich geht die KP Chinas aufs Ganze. Die Partei ist besorgt um die Flügel der PVChKK, die sich positiv über den Papst und den Vatikan äußern.

3. Das ZK der KP Chinas hat im Januar 1990 die Partei- und „Massenorganisationen“ (also auch die PVChKK) dazu aufgerufen, ihre Führung zu verstärken. Es wurde hervorgehoben, daß keine Organisation zugelassen wird, die sich gegen die Bestimmungen der Partei und den Sozialismus ausspricht. Auf die Massenorganisationen wird Druck ausgeübt, daß sie die Widersprüche in der Gesellschaft lösen und besonders auf unerwartete öffentliche Ereignisse reagieren. Wachsamkeit gegenüber den feindlichen Kräften im In- und Ausland wird betont. In diesem Zusammenhang sind wohl auch die „Bemühungen“ der PVChKK zu sehen, die Untergrundkirche so stark wie möglich zu delegalisieren, um das eigene schmale Terrain noch zu retten.

Symptomatisch ist dabei die offiziell bekundete parteiliche Religionspolitik. Nach den letzten Verhaftungen (Dezember 1989 bis Februar 1990) häufen sich

nämlich in der Parteipresse Stellungnahmen der Beamten des Büros für Religiöse Angelegenheiten zur Religion. Aber auch schon unmittelbar nach den Juni-Ereignissen hat China der „Politik der Religionsfreiheit“ mehr Nachdruck verliehen. Ein Vertreter des Büros für Religiöse Angelegenheiten sagte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu religiösen Gruppen im Ausland weiter aufrechterhalten werden sollten, solange sich diese Gruppen nicht in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischten. Der Sprecher wies darauf hin, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich die 100 Millionen Gläubigen des Landes nicht an den jüngsten Unruhen und dem gegen die Regierung gerichteten Aufstand beteiligt hätten. In Gesprächen hätten Deng Xiaoping und der Generalsekretär der Partei, Jiang Zemin, das Festhalten an der Religionspolitik auf der Grundlage der Verfassung erwähnt. Diese langfristige Politik habe sich in der Vergangenheit als richtig und wirksam erwiesen. Gläubige sollten sich an die in der Verfassung festgelegten vier grundlegenden Prinzipien halten, darunter der Marxismus und die Mao-Zedong-Ideen. Das bedeute aber nicht die Aufgabe ihrer religiösen Überzeugungen, sondern lediglich, daß sie nicht gegen diese Prinzipien verstoßen sollten. Die chinesische Regierung erlaube andererseits keine religiösen Aktivitäten, die die Einheit und die Stabilität des Landes zerstörten, sagte der Sprecher²⁶.

Vom Schutz und von der Förderung religiöser Aktivitäten ist auch nach den letzten Verhaftungen die Rede. Nach Aussagen von Ren Wuzhi, Direktor des Büros für Religiöse Angelegenheiten beim Staatsrat, vom 21. Januar 1990 werden freundschaftliche Beziehungen und der Austausch zwischen chinesischen und ausländischen religiösen Organisationen auf der Basis gegenseitigen Respekts und Gleichheit weiterhin gefördert. Dieses Jahr sollen wenigstens 30 Delegationen religiöser Organisationen aus 15 Nationen und Gebieten die Volksrepublik China besuchen; chinesische religiöse Gemeinschaften selbst planen zehn Auslandsbesuche. Der Austausch auf der Ebene freundschaftlicher Beziehungen fördere nämlich nicht nur das gegenseitige Verständnis und die Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und anderen Völkern, sondern dadurch werde auch internationale Anerkennung und Unterstützung der chinesischen Religionspolitik gewonnen. Diese Politik stärke die Unabhängigkeit Chinas in den religiösen Angelegenheiten und die drei Prinzipien der Selbstverwaltung, Selbsterhaltung und Selbstverbreitung. Ren sagte weiter, daß China sich jeglichen Versuchen feindlicher ausländischer Kräfte, Aufruhr und Unruhe in der Gesellschaft mit Hilfe der Religion zu schaffen, widersetze. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweiligen Organisation werde nicht geduldet. China werde allerdings weiterhin voll zu seiner Politik der Religionsfreiheit stehen. „Es ist eine langfristige Politik, und die Stabilität und Kontinuität dieser Politik muß garantiert werden.“²⁷

Stärker als sonst in den letzten Jahren wurde am 29. Januar 1990 eine Warnung

an ausländische religiöse Gruppen ausgesprochen. Zheng Shengzi, stellvertretender Vorsitzender der Einheitsfront, sagte nämlich: „Es besteht die Gefahr, daß Imperialisten und antichinesische Kräfte die Religion zu ihrem Vorteil nützen, um Sabotage zu treiben und in der chinesischen Gesellschaft Aufruhr zu stiften.“ Gleichzeitig wurde das Festhalten an der Religionspolitik der vergangenen Jahre betont. So werde die gesetzlich verankerte Religionsfreiheit respektiert und geschützt²⁸.

Ein Hongkonger Beobachter der Kirche Chinas kommentierte, daß die von chinesischer Seite ausgesprochenen Warnungen und Zusagen anschaulicher denn je die „Zuckerbrot-und-Peitsche“-Taktik der KP Chinas bei der Kontrolle der Religionen zeige. Die Regierung sei daran gewöhnt, religiöse Dissidenten als politische Figuren zu behandeln; doch werde diese Praxis früher oder später große Verwirrung in der Regierungsarbeit schaffen (UCAN 543).

Was bleibt nach den Protesten?

Wie immer bei spektakulären Ereignissen ist das Interesse der Öffentlichkeit ziemlich groß. So war und ist es auch im Fall der Christen Chinas. Nach den Verhaftungen gab es einige Proteste seitens Politiker und verschiedener Organisationen. Die Frage, die man sich jedoch immer wieder stellen muß, ist: Was bleibt nach den Protesten? Was tun wir, nachdem wir protestiert haben? Oder ist es weiterhin nur „Mitgefühl und die Entschlossenheit, es sich nichts kosten zu lassen“? Was tun wir für China direkt, damit sich die Situation dort ändert, und was tun wir hier, damit die Chinesen selbst, die bei uns waren und sind, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren, solche Situationen nicht mehr akzeptieren, damit der Protest auch chinesischerseits kommt?

Die Demokratisierung Chinas, die auch die Religionsfreiheit einschließt, wird ein langer Prozeß, in dem die Chinesen, die jetzt bei uns sind, eine sehr wichtige Rolle spielen werden. Man darf sie nicht mehr allein lassen. Nur das Aufrechterhalten der Kontakte mit Chinesen hier in Deutschland und in China selbst kann Ansätze für die Zukunft Chinas schaffen. Diese Kontakte sind ja nicht mehr das Monopol der Partielite. Deshalb sollen wir jede Möglichkeit des Kontakts mit den Chinesen hier bei uns und auch – klar unsere Position darlegend – jede Möglichkeit der Hilfe für China nutzen.

Um auf die Frage, was denn wir China und den Chinesen bei unseren Kontakten geben können, eine Antwort zu geben, möchte ich mich der weiterhin aktuellen Worte des bekannten Exilpolen Leopold Tyrmand bedienen, der auf die Frage, was die Chinesen von uns erhalten könnten, folgende Antwort gab: „Nicht Rohstoffe, Maschinen, langfristige Anleihen und Kredite, nicht einmal Technologie – all das läßt sich aus vielen Gebieten beziehen. Was wir ihnen ge-

ben können, ist die Sachkenntnis, ihre Gesellschaft erfolgreich zu gestalten – das wichtigste Erfordernis zu diesem Zeitpunkt der Geschichte. Wir können ihnen Ehrlichkeit und Ideen bieten – beides sehr kostbare Artikel in der heutigen Welt. Und das scheinen sie zu wissen.“²⁹

ANMERKUNGEN

¹ Zur Situation der kath. Kirche in der VR China vgl. u. a.: Chinas Katholiken suchen neue Wege, hrsg. v. R. Malek u. M. Plate (Freiburg 1987); L. Ladany, *The Catholic Church in China* (New York 1987).

² Darauf wurde schon mehrfach hingewiesen; vgl. z. B. H. Küng, in: SZ 9./10. 2. 1980, im letzten Teil einige Vorschläge zur „Verbesserung der Beziehungen“ zwischen der chinesischen Kirche und Rom; G. Kügler, Schritte zur Versöhnung. Ein Vorschlag zur Wiedervereinigung der kath. Kirche in der Volksrepublik China mit der r.-k. Gesamtkirche, in: dieser Zschr. 203 (1985) 425–427; China-Kolloquium in Sankt Augustin: Zusammenfassende Erklärung, in: Zwischen Autonomie und Anlehnung. Die Problematik der kath. Kirche in China, theologisch und geschichtlich gesehen, hrsg. v. R. Malek u. W. Prawdzik (St. Augustin – Nettetal 1989) 151–153.

³ Dt. Text in: China heute 1982, 4, 2–7; 1983, 2, 2–8.

⁴ China heute 9 (1990) 9–15.

⁵ R. Malek, Der traditionelle chin. Staat und die Religion(en), in: Zwischen Autonomie u. Ablehnung, a. a. O. 31–53.

⁶ G. Evers, Das Verhältnis von Staat und Kirche in einigen Ländern Asiens: Die Religionspolitik in der Volksrepublik China und Vietnam im Vergleich mit der von Taiwan, Singapur und Südkorea, ebd. 55–73.

⁷ Die Satzungen dieser Gremien ebd. 155–161.

⁸ China heute 9 (1990) 2f.

⁹ H. Waldenfels, Universalität und Partikularität der Kirche: Fallbeispiel China, in: Chinas Katholiken, a. a. O., 101–120, bes. 112–119; P. Zepp, Die Exkommunikation von Bischöfen nach dem CIC 1983 und Bedingungen für die Aufhebung im Hinblick auf die Situation der chin. Bischöfe, in: Zwischen Autonomie und Ablehnung, a. a. O. 121–131; Brief von Kard. J. Sin an die Kongregation für die Evangelisierung der Völker, in: China heute 8 (1989) 117–119; Kirchenrechtliche Bemerkungen, ebd. 120–124; R. Kaschewsky, Zur Frage der Bischofsweihe ohne päpstl. Auftrag, ebd. 124–128.

¹⁰ China heute 9 (1990) 4.

¹¹ Dt. Text in: China heute 8 (1989) 88–91; Komm. v. L. Ladany, ebd. 91–93.

¹² Bischof Ma Ji in: China heute 8 (1989) 31–33, 31.

¹³ S. Anm. 8.

¹⁴ Zur Haltung der Kirchen nach dem Massaker in Beijing am 4. Juni 1989 vgl. u. a. R. Malek in: China heute 8 (1989) 98–105, bes. 101f. ¹⁵ S. Anm. 11.

¹⁶ Dt. Text in: China heute 8 (1989) 68–76. ¹⁷ Dt. Text ebd. 115–117. ¹⁸ Vgl. ebd. 59f.

¹⁹ S. Anm. 12, 33. ²⁰ China heute 8 (1989) 144–153. ²¹ Darüber ebd. 117.

²² Ein neuer Ritenstreit, ebd. 7 (1988) 88.

²³ Zhonggyang ribao (Taipei) 25. 10. 1989.

²⁴ Zu diesen Fällen: China heute 8 (1989) 139.

²⁵ Informationen ebd. 110f. ²⁶ Hierzu ebd. 110.

²⁷ China Daily 2647, 22. 1. 1990. ²⁸ China heute 9 (1990) 30.

²⁹ L. Tyrmand, Der Mandarin und der Kommissar, in: Kontinent 9 (1983) 4, 69.